

Überwachung in Kolumbien

Die Bekämpfung des Corona-Virus ermöglicht in vielen Ländern eine stärkere Kontrolle der BürgerInnen. Germán Romero, kolumbianischer Anwalt und Menschenrechtsverteidiger, spricht im Beitrag mit Sophie Helle über die Vereinbarkeit von staatlichen Überwachungspraktiken mit einem demokratischen System und was das verstärkte Sammeln von Daten für ihn persönlich bedeutet.

/ Sophie Helle /

«Die Folgen der ununterbrochenen Sammlung unserer Daten, mit der wir jeden Tag leben, sind nicht zu unterschätzen. Die ständige Überwachung hat für den «Normalbürger» keine lebensbedrohlichen Konsequenzen. Doch für BürgerInnen, die Menschenrechtsoffer vertreten und für Gerechtigkeit kämpfen, ist die umfassende Datensammlung nicht nur eine umstrittene Massnahme, sondern stellt eine echte Gefahr für die persönliche Sicherheit dar.»

Germán Romero, Anwalt und kolumbianischer Menschenrechtsverteidiger (MRV), lebt schon lange mit diesem Risiko. Ihm zufolge war die Sammlung von Daten über kolumbianische Bür-

gerInnen schon immer ein Mittel zur Überwachung, Kontrolle und gegebenenfalls Verfolgung von regierungskritischen Personen. Die gesammelten Informationen stehen dem Nachrichtendienst, der Polizei, anderen staatlichen Sicherheitsbehörden und sogar privaten Unternehmen zur Verfügung.

Ein ausspionierter Alltag

Germán Romero arbeitet bei der Menschenrechtsorganisation DH Colombia. Er vertritt Opfer in Strafverfahren gegen Beamte und hohe Offiziere der kolumbianischen Armee. Diese Arbeit hat Folgen für den Anwalt. 2019 erhielt Romero verdächtige Telefonanrufe, wurde nach einer Anhörung verfolgt und erhielt eine Morddrohung. Ausserdem wurde sein Computer mit vertraulichen Informationen zu verschiedenen Fällen gestohlen. «Die Art meiner Arbeit bringt Belästigung und Verfolgung mit sich. Deshalb ist es nötig, dass ich mit Daten sorgfältig umgehe, seien es meine persönlichen oder berufliche Informationen», sagt Romero. Das gehöre einfach dazu. Aufgrund seiner Bedrohungslage wird Germán Romero von Peace Brigades International (PBI) begleitet. Die internationale NGO ist auf den Schutz von MRV spezialisiert. Dies geschieht einerseits durch physischen Begleitschutz, den internationale Freiwilligenteams leisten, andererseits durch nationale und internationale Advocacy- und Sensibilisierungsarbeit.

Wiederholte Überwachungsskandale

Skandale zum Thema Überwachung habe es in Kolumbien schon viele gegeben und wird es auch weiterhin geben, so Romero. 2009 wurde der Skandal der «Chuzadas» aufgedeckt, eine politische und soziale Einschüchterungstaktik gegen Oppositionsmitglieder. Dabei wurden die Telefone von JournalistInnen, Beamten, GewerkschafterInnen, AkademikerInnen und MRV illegal überwacht und abgehört. Im Mai 2020 deckte die Zeitschrift *Semana* einen neuen grossen Überwachungsskandal auf. Einheiten der kolumbianischen Armee hatten Cyberespionage an über 130 Bürgern betrieben, 52 davon arbeiteten als JournalistInnen.

Auch wenn sich solche Geschichten dauernd wiederholen, hören sie nicht auf, Angst und Unsicherheit auszulösen. Romero: «Ich bin sicher, dass ich Gegenstand von Geheimdienstspionage und militärischer Gegenspionage war. Aber es ist eine Sache, dies zu wissen, ohne es auf Dokumenten zu lesen, und eine andere, wenn man seinen Namen in einem Geheimdienstbericht sieht. Es ist eine ständige Quelle der Angst.»

Das Friedensabkommen versus die internen Konflikte Kolumbiens

Obwohl Kolumbien 2016 offiziell ein Friedensabkommen unterschrieb, ist das Land noch weit von Frieden entfernt. Seit der Unterzeichnung vor vier Jahren beobachtet PBI, dass kriminelle bewaffnete Gruppen weiterhin aktiv sind, die Zahl der Angriffe auf und Ermordungen von MRV rasant steigen und illegale Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung nach wie vor stattfinden. Laut Romero müsste die kolumbianische Gesellschaft einen tiefgreifenden strukturellen Wandel durchlaufen, um die vielen Formen täglicher Gewalt nachhaltig abzuwenden.

Die Corona-Krise hat die grossen sozialen Unterschiede in der Bevölkerung noch sichtbarer gemacht. PBI ist besonders besorgt darüber, dass sich viele illegale Gruppierungen und Unternehmen nicht an die Ausgangssperre halten. Sie verfolgen ihre Ziele, ohne dass AktivistInnen und Gemeinschaften ihnen entgegenwirken oder sich schützen können. MRV und Gemeinden sind momentan physisch isoliert und erhalten häufig keine staatliche Unterstützung; die Corona-Massnahmen machen sie also noch verletzlicher. «Indem MRV ihre Arbeit nicht vor Ort ausüben dürfen, wird der Leitsatz «Quédate en casa» (Bleiben Sie zu Hause) totalitär und gibt Raum für Repression, Verfolgung, Überwachung und aussergerichtliche Hinrichtungen», so Romero.

Freier Markt für Nachrichtendienste

Dabei betont der Kolumbianer, dass das Land eine lange Tradition von VerteidigerInnen und sozialen FührerInnen hat, die die Garantie der Menschenrechte einfordern. Romero glaubt jedoch, dass

Ab September in den Kinos:

«Volunteer»

«Volunteer» ist ein Film über die Basisbewegung einfacher Schweizer Bürger, die aufbrechen, um Tausenden in Griechenland gestrandeten Flüchtlingen zu helfen. In der reichen und sicheren Schweiz lassen Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen ihr geordnetes Leben zurück, um Menschen in Not zu unterstützen. Da ist ein Schweizer Bauer und seine Frau, die Kühe in den Alpen züchten, ein Hauptmann der Schweizer Armee, eine Pensionärin, die am Seeufer residiert, und ein erfolgreicher Komödiant und Entertainer. Diese Freiwilligen begehen sich auf ein Abenteuer, das ihr Leben für immer verändern wird.



Demonstration anlässlich des Frauentags, März 2019, Kolumbien. (Bild: Sophie Helle)

«wir während dieser Pandemie in den Spiegel geschaut und verängstigte Gesichter gesehen haben. Wir sind stehen geblieben und haben es vorgezogen, diesen Irrsinn von Übergangsjustizmechanismen zu verfolgen, Webinare und Meinungsforen zu veranstalten. Doch wir sind nicht dort, wo wir sein sollten; bei der Begleitung von Menschen, die unter der Verletzung ihrer Rechte leiden. (...) Es herrscht viel Angst. Ich verstehe nicht, wie wir ein Friedensabkommen unterzeichnet haben, wie wir ein demokratischer Staat sein sollen, wenn die einzige Emotion, die wir empfinden, Angst ist.»

Nun, da es zu einer immer stärkeren Machtkonzentration kommt, ist für Romero das kolumbianische System der Beweis dafür, dass das Land den Militarismus und die Kontrolle krimineller Strukturen über den Staat nicht überwunden hat. Er sieht in der Übergangsjustiz ein Schlupfloch mit enormem Risiko für Straffreiheit. Zudem beschreibt er die gegenwärtigen Überwachungspraktiken als freien Markt für den Nachrichtendienst: «Wir haben nicht nur eine, sondern mehrere Institutionen, die nachrichtendienstlich tätig sind. Sie sammeln und analysieren Daten, sie

spionieren Leute aus. Dann verkaufen sie die Informationen an den Meistbietenden oder kooperieren untereinander im Namen eines «legitimen» Ziels. Für Probleme dieses Ausmaßes passt meiner Meinung nach der Begriff «interner bewaffneter Konflikt» nicht mehr. Das geht weit darüber hinaus.»

Kann man Menschenrechte vom Computer aus verteidigen?

Die Verteidigung der Menschenrechte steht vor vielen Herausforderungen, die durch die Corona-Krise noch verschärft werden. Romero weiss in seinem normalen Arbeitsalltag die Begleitung von PBI sehr zu schätzen, weil er sich weniger einsam und auf sich alleine gestellt fühlt. Im Homeoffice fühlt er sich nun exponierter denn je: «Wenn man eingesperrt ist, passiert etwas Folgschweres: Man ist immer am selben Ort.» Seit mehr als vier Monaten ist die kolumbianische Bevölkerung aufgrund der Ausgangssperre auf ihren Wohnraum beschränkt. Dies erleichtert die Beschaffung von Informationen über die Internet-NutzerInnen erheblich, denn seit über 120 Tagen arbeiten alle immer am selben Ort mit der stets gleichen IP-Adresse. Dazu kommen Online-Tools, deren Mängel bekannt sind.

Romero erscheinen die staatlichen Verfügungen wie «Bleib zu Hause» und «Es ist zu deinem Besten» paternalistisch und autoritär. Die Erfassung gesundheitsbezogener Daten, Homeoffice, die Formulierung von über hundert Dekreten, all das stärke lediglich die Kontrolle über die Gesellschaft. «Sie sagen uns, dass wir uns neu erfinden müssen. Aber ich glaube nicht, dass wir die Menschenrechte zu Hause vom Computer aus verteidigen können. Das existiert in der realen Welt nicht. Wir müssen für die Menschen eintreten, deren Rechte verletzt wurden, Punkt.»

Um auf die Titelfrage zurückzukommen: Sind Demokratie und Datenüberwachung zu Corona-Zeiten in Kolumbien noch vereinbar? Germán Romero ist nicht überzeugt. Für ihn bleibt der kolumbianische Staat eine Demokratie in der Krise, solange er seinen internationalen Verpflichtungen zur Untersuchung und Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen, die im Land stattfinden, nicht nachkommt.

Sophie Helle war 2018-2019 PBI-Freiwillige in Kolumbien. Der Originaltext in Französisch wurde am 20. Juli 2020 auf der Online-Plattform Jet d'Encre veröffentlicht: www.jetdencre.ch/quand-la-crise-sanitaire-revele-des-democraties-en-crise-focus-sur-la-colombie.